



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600-3667, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3686-3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 72 Pfennig Bestellgeld

10 Pf. ^(Anwerter) 15 Pf. Nr 526

Berlin

SONNABEND, 7. NOVEMBER 1931

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

MORGEN-AUSGABE

Die Schlacht am Nonni-Fluss

Eine Schlappe der japanischen Vorhut

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 6. NOVEMBER

Die Schlacht am Nonni-Fluss in der nördlichen Mandchurie ist noch in vollem Gange und scheint sich nach den letzten Berichten zu einer Niederlage der Japaner zu gestalten. Der Kampf konzentriert sich auf die Weiden, die eine der wichtigsten Verkehrsverbindungen in Nordchina darstellt. Es ist in den letzten Kämpfen bereits fünf vollständig gerüstet worden. Die Chinesen, die in harter Lebensnot sind, haben 200 Tote zu beklagen, während bei den Japanern 40 Tote gemeldet werden.

*

Sollte sich die Meldung von einer Niederlage der nordgehobenen japanischen Truppen am Nonni-Fluss bestätigen, so wäre doch dieser erste chinesische Waffenerfolg nicht hoch zu bewerten. Es handelt sich bei dem japanischen Detachement um eine verhältnismäßig schwache Sicherungstruppe, die nach den bisher vorliegenden Berichten noch nicht einmal Regimentsstärke hat. Sobald größere Verstärkungen herangezogen werden, wird es den Chinesen schwer fallen, ihre jetzige Position zu halten, selbst wenn der chinesische General Ma, der die Operationen am Nonni-Fluss leitet, wirklich über einiges moderne Material an Artillerie und Maschinengewehren verfügt. Wie aber auch immer der Ausgang der Kämpfe sein mag, es kann nur keinem Zweifel mehr unterliegen, daß Japan nicht daran denkt, seine Truppen aus der Mandchurie zurückzuführen. Der in den letzten Tagen des Oktober angestrebte Vormarsch nach Norden, der bis weit in die russische Interessensphäre in der Nordmandchurei hingeführt hat, bedeutet eine sehr ernste Komplikation der ganzen Situation. Für den Völkerbundrat, der sein ganzes Gewicht für eine friedliche Regelung des Konfliktes in der Westfrage gewonnen hat, wird die Lage immer unangünstiger. Es heißt sich, daß Japan oder zum mindesten die japanische Militärkräfte nicht daran denkt, die Okkupation aufzugeben, sondern die Zone der militärischen Besetzung ständig erweitert, selbst auf die Gesehri bin, mit Aufstand in Konflikt zu geraten.

Diese Beforgnis scheint man allerdings in Tokio nicht zu haben. Wahrscheinlich schließen die Japaner aus der bisherigen Zurückhaltung Moskaus, daß die Sowjetunion sich unter keinen Umständen auf einen Konflikt mit Tokio einlassen will oder kann. Besonders leichter sollte wenigstens für den Augenblick auch nicht anzutreffend sein. Die unternen Schwierigkeiten Auslands und besonders die teilweise katastrophale Situation im Eisenbahnen werden größere militärische Operationen im fernem Osten sehr behindern. Damit ist aber keineswegs gesagt, daß Russland auf die Dauer eine japanische Okkupation nordmandchurischer Gebietes widerspruchslos duldet.

Zwei neue Noten in Genf

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENÈVE, 6. NOVEMBER

Eine japanische und eine chinesische Note an den Völkerbundrat, die heute abend hier veröffentlicht wurden, geben zwei verschiedene Darstellungen der Ereignisse vom 4. und 5. November an der Weiden über den Nonni-Fluss. Die beiden Darstellungen stimmen sich nur, insbesondere in jeder Form, für den Ausnahmefall einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf allen Gebieten mit dem Ausland. 3. Solidarität der Währungs- und Maßnahmen gegen die Devisen speculation. 4. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einerseits durch große öffentliche Arbeiten, andererseits eventuell durch Herabsetzung der Arbeitslöhne auf dem Wege von Vereinbarungen zwischen den produzierenden Völkern.

Der über die Wirtschaftspolitik bedingte Abgeordnete Palade betonte in seinem Bericht, daß die radikal-sozialistische Partei selbst gegen Deflation in jeder Form ist. Dem Ausnahmefall einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf allen Gebieten mit dem Ausland. 3. Solidarität der Währungs- und Maßnahmen gegen die Devisen speculation. 4. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einerseits durch große öffentliche Arbeiten, andererseits eventuell durch Herabsetzung der Arbeitslöhne auf dem Wege von Vereinbarungen zwischen den produzierenden Völkern.

„mühtigen Punkt im Osten von Tschin“ besetzt, habe beträchtliche Verluste erlitten.

Die chinesische Darstellung behauptet dagegen, daß die Truppen des Generals Ma, des Präsidenten der Provinzial-Regierung von Seling Kiang, sich wohl zehn Kilometer jenseits des Flusses zurückgezogen hätten, weil die chinesische Regierung die Verpflichtung übernommen habe, nichts zu tun, was zu einer Verschärfung der Situation führen könnte. Aber das einzige Ergebnis ist gewesen, daß die japanischen Truppen, als sie keinen Widerstand fanden, die Chinesen beschoßen und eine große Anzahl getötet und ergründet hätten. Unter diesen Umständen sei den chinesischen Truppen schließlich nichts übriggeblieben, als das japanische Feuer zu erwidern. Darauf hätten mehrere hundert japanische Soldaten in Begleitung von irregulären Truppen des Generals Tsching-tung den Bahnhof Tschin besetzt und einen heftigen Angriff auf die Chinesen unternommen.

Die chinesische Note schließt mit den Worten: „Die japanischen Streitkräfte verstärken sich immer mehr, und es ist dringend nötig, daß der Völkerbund interveniert, um ernstliche Verhandlungen zu verbinden.“

Die Japaner geben also durchaus zu, daß sie weiter vorgezogen sind, was für die Beurteilung der Situation durch den Völkerbund wohl der entscheidende Punkt sein dürfte. Wo zuerst die Gewehre losgegangen sind, wird natürlich schwer zu ermitteln sein. Die Situation im allgemeinen wird hier ziemlich pessimistisch beurteilt, wenn auch die aus Westländern eingetroffene Nachricht, daß die amerikanische Regierung sich dem Selbstschuß vom 24. Oktober ausdrücklich angeschlossen hat, die Hoffnung auf einen schließlich Erfolg der Aktion des Völkerbundes wieder etwas belebt hat.

Abrüstung unmöglich

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WARSCHAU, 6. NOVEMBER

Zu Beginn der Budget-Debatte im polnischen Sejm begründete heute der Fraktionsführer des Billist-Blockes, der frühere Ministerpräsident Glamek, die außerordentliche Höhe der Militäransgaben mit dem Hinweis auf den Druck der internationalen Lage, die einen Stillstandsbaun unmöglich mache.

Kredite nur gegen Garantien

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 6. NOVEMBER

Der radikal-sozialistische Parteitag, der nach dem Bericht Dalabiers vor dem Präsidenten wählte, stellte heute in einer einstimmig angenommenen Resolution zur Wirtschaftspolitik folgende Forderungen auf: 1. Restrukturierung der Wirtschaftspolitik einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf allen Gebieten mit dem Ausland. 3. Solidarität der Währungs- und Maßnahmen gegen die Devisen speculation. 4. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einerseits durch große öffentliche Arbeiten, andererseits eventuell durch Herabsetzung der Arbeitslöhne auf dem Wege von Vereinbarungen zwischen den produzierenden Völkern.

Der über die Wirtschaftspolitik bedingte Abgeordnete Palade betonte in seinem Bericht, daß die radikal-sozialistische Partei selbst gegen Deflation in jeder Form ist. Dem Ausnahmefall einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf allen Gebieten mit dem Ausland. 3. Solidarität der Währungs- und Maßnahmen gegen die Devisen speculation. 4. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einerseits durch große öffentliche Arbeiten, andererseits eventuell durch Herabsetzung der Arbeitslöhne auf dem Wege von Vereinbarungen zwischen den produzierenden Völkern.

Geländes Außenhandels-Monopol

REVAL, 6. NOVEMBER

Der Gesandtenrat, durch den der Handel mit den wichtigsten Gütern, wie Getreide, Zucker, Salz, Petroleum und Steinöl, zum Einmonopol erklärt wird, ist heute vom Parlament einstimmig angenommen worden.

Geldabwertung — Schuldabwertung

Von

PROF. DR. L. ALBERT HAHN

Den Ausführungen des Verfassers, der als Bankdirektor und Professor an der Universität Frankfurt wirtschaftliche Theorie und Praxis verbindet, geben wir gerne Raum, auch soweit sie von den von der „Vossischen Zeitung“ vertretenen Auffassungen abweichen. In der Ablehnung der generellen Schuldabwertung sind wir mit Albert Hahn völlig einig; im Gegensatz zu ihm aber glauben wir nicht, daß bei zielbewusster Führung der Wirtschaftspolitik die Alternative: Schuldabwertung oder Geldabwertung nicht werden muß, selbst wenn in Frankreich und Amerika keine Abkehr von der gegenwärtig betriebenen Deflation erfolgt.

Es herrscht weitgehende Übereinstimmung, daß die Weltwirtschaftskrise, durch welche Umstände sie auch ursprünglich sein mag, ihrer augenblicklichen Färbung im wesentlichen als eine Deflation zu betrachten ist. Die sich fortsetzende Steigerung des Wertes des Geldes gegenüber den Gütern beruht, daß immer weitere Teile von Handel und Gewerbe infolge Überladung mit Arbeit und ihre Arbeiter und Angestellten entlassen müssen. Ich habe bereits vor einigen Monaten an anderer Stelle darauf hingewiesen, daß eine zu weit getriebene Deflation immer zwangsläufige Tendenzen auslöst, die darauf hinauszielen, die Schuld der Unternehmungen im Verhältnis zu ihren Barvermögen und sonstigen Mitteln im Werte herabzusetzen. Diese Tendenzen können und müssen die Entwicklung in eine der drei folgenden Richtungen treiben: die Entwindung kann einmal dahin gehen, daß die Zahl der Unternehmungen, die im Wege des Konkurses, des Zwangs- oder sonstigen Vergleichs ihre Schulden nur noch in Quoten bezahlen, ständig wächst. Dies ist die Richtung, die die Entwindung bisher in Großbritannien genommen hat. Weiter besteht die Möglichkeit, daß die Deflation — so paradox dies auch ist — nicht in eine Inflation umschlägt; daß nämlich, wenn der Staat oder öffentliche Stellen von Zahlungsunfähigkeit bedroht werden und die Hilfe der Notenpresse zur Finanzierung des Defizits in Anspruch genommen wird. Die Abwertung des Pfundes in England ist ein Beispiel, wenn auch nicht für eine derartige Inflation, so doch für eine Verschärfung der Auswirkungen einer Zahlungsunfähigkeit, die von den weitergehenden sonstigen Konsequenzen mit sich bringt. Insofern es das Bestreben, durch gezielten Akt eine generelle Schuldabwertung oder zum mindesten eine Schuldbindung, die aber in Wirklichkeit meist auch nichts anderes ist als eine nur in die Zukunft verlagene Schuldabwertung, herbeizuführen. Das Bestreben entsteht vor allen Dingen, sobald individuelle Kompensate für die große Arbeitslosigkeit, auf öffentliche Stellen, etwa Gemeinden, in Betracht kommen.

Wenn wir uns gewisse Vorbehalte, die in den letzten Wochen aufgetaucht sind, wie den der allgemeinen Zinsabsetzung, und gewisse Ereignisse, wie das der Verbinderung der Zwangsnullstreckung gegen Gemeinden, vor Augen halten, so können wir uns bei ruhiger und objektiver Beurteilung der Sachlage der Ansicht nicht verschließen, daß für uns die Gefahr besteht, in jenseits Stadium genereller Schuldabwertung hineinzufallen.

Es ist nun ohne weiteres zugegeben, daß ein System genereller Schuldabwertung vor dem der individuellen Zahlungseinkahlung in gewissem Sinne den Vorzug verdient. Es verbindet nämlich, daß alle diejenigen Betriebe zusammenbrechen, die in der Mitte stehen zwischen einem Schuldner, der seine gegen ihn bestehende Forderung nicht oder nur zu gewissen Prozenten zahlt, und einem Gläubiger, der aus der herabgesetzten Erfüllung seiner Forderung bestehen kann. Denn es müßte den einflussreichsten Schichten sofort auf den letzten Gläubiger, den Inhaber von Schuldtiteln, Sparkassen- oder Bankguthaben ab. Es ist insofern dem zur Zeit herrschenden System, das ein sich immer vergrößerndes wirtschaftliches Kräftefeld zurückläßt, tatsächlich vorzuziehen. Trotzdem wird man mit größtem Nachdruck darauf hinweisen müssen, daß das Hindurchgelassen in ein

Grandis Washingtoner Aufgabe

Das Programm für die Aussprache mit Hoover

Einem offener und bester geneerer Schuldbewertung oder Warranten ist allemal das Schlimmste, was sich auf wirtschaftlichen Gebiet ereignen könnte, denn die Ungerechtigkeit und die Rechtsunsicherheit, die eintreten würden, könnten das Funktionieren der Wirtschaft überhaupt in Frage stellen.

Wenn eine Schuldbewertung im Gefolge einer zu weit getriebenen Deflation zur Erhaltung lebenswichtiger Teile der Wirtschaft herbeigeführt werden soll, so gibt es noch eine dritte, bereits oben angebeutete Methode, die der Schuldbewertung. Das ist die Methode, deren sich England, wie ich wohl zeigen wird, mit recht viel Erfolg bedient, und die sich auch die Handelsnationen Länder unter dem Einfluß des bekannten Nationalökonom Gustav Cassel eingeschlagen haben. Es ist hier nicht der Ort, auf die viel erörterte Frage einzugehen, wie weit dieser Weg für Deutschland gangbar ist. Es scheint, als ob eine ruhige und sachliche Erörterung dieser Frage im Augenblick überhaupt nicht möglich ist, weil zwar ein positives Verfahren mitteilen. Aber eines muß doch mit voller Deutlichkeit gesagt werden: es ist ein völlig einseitiges Verfahren, wenn man versteht, an eine Herabwertung der Mark die Mittel angeht, mit welchen die Ausbreitung der individuellen Schuldbewertung durch Zahlungseinstellungen und das Hintertreiben in den Zustand genereller Schuldbewertung und Warranten verbunden werden können. Denn das Interesse des Exporters, das man hundertprozentig zu schätzen beabsichtigt — obwohl jene Forderung, ganz nebenbei bemerkt, infolge der Weltverflechtung eine außerordentlich starke Auswertung erfahren hat — würde ebenfalls wie durch eine Gelbwertung auch durch eine Schuldbewertung, verfehlt. Denn diese könnte schließlich auf die Einfuhrleistungen, Exportleistungen, Schuldverpflichtungen und private Güter nicht harmlos, aber über die konjunkturelbekende Wirkung einer Schuldbewertung hinaus, so ist dies sicher nicht sehr bedeutend, während die konjunkturelbekende Wirkung einer Gelbwertung wegen der durch sie ermöglichten Kreditexpansion eine starke ist.

Noch ist vielleicht der Augenblick nicht da, in dem zwischen dem Weg der Schuldbewertung und dem der Gelbwertung gewählt werden muß. Aber wenn man den Kopf nicht in den Sand stecken will, wird man sich darüber klar zu sein haben, daß dieser Moment kommen kann, wenn nicht in dem maßgebenden Ländern — Frankreich und Amerika — alsobald eine bewußt inflationistische Politik betrieben wird. Bis hier sind alle Appelle an die währungspolitische Vernunft derjenigen, die den Geldwert zur Zeit durch ihre Politik auf immer weitere Höhe heraufmanipulieren, erfolglos geblieben. Jetzt hierin nicht so sehr als eine Veränderung, es können wir, wie unser Geschäftswelt über die Gelbwertung von der Währungspolitik jener Staaten abhängt, in nicht zu gerauer Zeit vor der Wahl, Schuldbewertung oder Gelbwertung stehen. Denn wir werden, geschädigt, wie wir sind, nicht warten können, bis die Folgen der Deflationspolitik in den Vereinigten Staaten und in Frankreich die Höhe von dieser Politik ergründen. Für diesen Fall ist es aber von größerer Wichtigkeit, daß bei der Wahl, die zu treffen sein wird, die schwächeren Staaten, die gegen die Schuldbewertung sprechen, nicht gegenüber den Stärkeren, die gegen die Gelbwertung vorzubringen sind, vernachlässigt werden.

Sturm gegen Karolji

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BUDAPEST, 6. NOVEMBER

Im ungarischen Abgeordnetenhaus kam es wieder zu hitzigen, als ein Abgeordneter der Mehrheitspartei erklärt hatte, die ungarischen Wählerpartei hätten wegen der staatlichen Dienstverhältnisse beschloßen, den Wählerpartei gänzlich einzustellen.

Nähernde Gerüchte der Sozialdemokraten, die der Regierung Sündenböck des Volkes bei gleichzeitiger Unterschätzung des Glaubensrechts normieren, ließen den Abgeordnetensturm zum Ausbruch kommen.

Später kam es zu neuen Tumulten auf den Oppositionsbänken, als der ermattete Bericht der 33-Rommission nicht vorgelegt wurde. Man warf der Regierung vor, daß sie die Wirtschaftlichen Bedürfnisse vernachlässigt und damit die wesentlichen Punkte des früheren Kabinetts Berichtes vermissen wolle.

Ministerpräsident Graf Karolji verlor daraufhin die nötige Mehrheit und mußte zurücktreten.

Einspruch gegen Präferenz?

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WIEN, 6. NOVEMBER

Die „Neue Freie Presse“ erörtert aus Budapest, daß die Frage der Regierung gegen das deutsch-ungarische Getreide-Präferenzabkommen, das am 15. November in Kraft treten wird, Einspruch erhoben habe, da es auf Grund der Weltbilanz für die gleiche Güterpolitik demprende. Man beschließt aus russische Einwendungen.

Lohnsenkung der belgischen Schwerindustrie

Die belgische Kohlenindustrie und die belgischen Gültenerie haben eine Prozentige Lohnsenkung beschlossen, während die verarbeitende Eisenindustrie sogar 10 v. H. Lohnsenkung beschließt. Diese Maßnahmen werden als Ausdruck des belgischen Willens angesehen, die im Januar 1920 getroffenen wieder verbindlichen Maßnahmen auf dem Weltmarkt zu werden.

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

ROM, 6. NOVEMBER

Die Bedeutung der Reise Grandis nach Washington, die der italienische Außenminister morgen, Sonnabend, von Rom aus antritt, wird hier weniger in einem nicht zu erwartenden Beschluß bestimmter Abmachungen gesehen, als in dem hier inne wohnenden allgemeinen Wert einer erneuten Kundgebung der Solidarität zwischen Amerika und Europa. Für die Solidarität selbst ist die italienische Außenpolitik schon zu einer Zeit eingetreten zu sein, als man anderwärts nicht an die Möglichkeit einer Trennung der europäischen und der amerikanischen Probleme glaubte.

Für die weitgehende Übereinstimmung der italienischen und amerikanischen Anschauungen wird auf den zeitlichen Zusammenfall der Reiserede Mussolinis mit der Kundgebung des Senators Borah hingewiesen. Grandis wird in Washington Gelegenheiten haben, die Anschauungen Mussolinis über die großen

europäischen Probleme zu entwickeln und das Urteil Amerikas entgegenzunehmen.

Dabei ist es ein bekannter Grundlag der italienischen Regierung, daß die Regierungen zunächst diejenigen Probleme anpaßen und lösen müssen, die den Regierungen selbst unterliegen, d. h. die Fragen der Ernährung und der Kriegszufuhr. Unter-Unterstützung in Washington wird darauf hingewiesen, daß die Amerikaner und die Vorkämpfer dieser Regierung sich mit den Einräumern dessen, die er bei seinen letzten Unterhaltungen mit den verantwortlichen deutschen Staatsmännern gehabt hat, ist nicht bekannt. Wohl aber haben die italienischen Blätter jüngst darauf hingewiesen, daß gerade über die entscheidenden Probleme der Grunde zwischen Grandis und Feilung eine weitgehende Übereinstimmung erzielt werden sei. Insofern verdient die Amerikareise des italienischen Außenministers mit nicht geringerer Aufmerksamkeit verfolgt zu werden als die Reise des französischen Ministerpräsidenten Canal nach Washington.

Francqui sucht Laval zu gewinnen

Der Konsolidierungsplan für die Kurzkredite

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 6. NOVEMBER

Der Ministerpräsident Laval hat heute mittag den belgischen Finanzminister Francqui zu einer längeren Aussprache empfangen. Wieviel es dabei Francqui gelang, ist Laval zu seinem Plan der Konsolidierung der belgischen Kurzkredite durch die Gründung einer internationalen Arbeitsbank nach dem Vorbild der B. S. zu betonen, ist vorläufig nicht bekannt geworden. Inzwischen wird Francqui heute auch noch mit dem Finanzminister Grandis und dem Finanzinspektoren Ruyss vor dem Wort von Francqui verhandeln.

Der „Antantagiant“ weiß schon zu melden, daß die französische Regierung sich in ihrem nächsten Ministerium mit dem Francqui-Plan beschäftigen und über ihre Geltung bzw. Ausführung nachdenken wird. Die Bedenken gegen eine frühere Befreiung Frankreichs an der Stillhaltung oder gar an der Konfiskation der Kurzkredite finden in der Pariser Presse noch so viel starken Ausdruck. Der „Temps“, der die getrigte Rede des Reichsfinanzministers mit Sympathie als „eine mutige Tat eines verantwortungsbewußten Staatsmannes“ preist, findet sie trotzdem in einem Punkte sehr gelobt: „Es wäre eine außerordentlich geliebte Anweisung, gegen die man nicht ignoriert und nicht leicht genug verfahren kann.“ Die Bedenken gegen eine frühere Befreiung Frankreichs an der Stillhaltung oder gar an der Konfiskation der Kurzkredite finden in der Pariser Presse noch so viel starken Ausdruck. Der „Temps“, der die getrigte Rede des Reichsfinanzministers mit Sympathie als „eine mutige Tat eines verantwortungsbewußten Staatsmannes“ preist, findet sie trotzdem in einem Punkte sehr gelobt: „Es wäre eine außerordentlich geliebte Anweisung, gegen die man nicht ignoriert und nicht leicht genug verfahren kann.“ Die Bedenken gegen eine frühere Befreiung Frankreichs an der Stillhaltung oder gar an der Konfiskation der Kurzkredite finden in der Pariser Presse noch so viel starken Ausdruck. Der „Temps“, der die getrigte Rede des Reichsfinanzministers mit Sympathie als „eine mutige Tat eines verantwortungsbewußten Staatsmannes“ preist, findet sie trotzdem in einem Punkte sehr gelobt: „Es wäre eine außerordentlich geliebte Anweisung, gegen die man nicht ignoriert und nicht leicht genug verfahren kann.“

Die „Liberte“ erklärt, daß in Frankreich nicht ein Duzend Generäle bereit seien, eine neue deutsche Anleihe zu zeichnen, nachdem sie schon an der Young-Anleihe 50 v. H. ihres Geldes verloren hätten.

In Fortsetzung der deutsch-französischen Aussprache hatte Reichsminister von Goebbels wiederum eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Laval. Daran schloß sich eine längere Besprechung mit Finanzminister Grandis.

Hoffnungen amerikanischer Bankiers

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 6. NOVEMBER

Die amerikanischen Bankiers beschäftigen sich in ihren Konferenzen lebhaft mit Stillhaltungsabkommen für 600-Millionen Dollar in Deutschland eingefrorenen Kurzkrediten. Man hofft auf Erleichterung der Stillhaltung noch vor dem 1. Dezember und erwartet deshalb die Vorlage, da man mit einer halbjährigen Rückzahlung von 20 v. H. dieser Kredite rechnet. Auch weiteren Pläne erörtern, das Stillhaltungsabkommen über den 1. Februar 1922 zu verlängern. Dabei soll zwischen Wechselzinsen und kurzfristigen Anleihen unterliegen werden.

Spanien vor einem Ruck nach rechts?

Bürgertum gegen radikale Gesetze

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

MADRID, 6. NOVEMBER

Die Regierung hat im Hinblick auf ihre große Mehrheit in der Nationalversammlung beschlossen, die Nationalversammlung außer der eigentlichen Verfassung — die am 15. Ende November verabschiedet sein könnte — auch die zugehörige ausarbeiten habe, wie Wahlgesetz, Gesetz der öffentlichen Ordnung und Sittlichkeit, Verwaltungsgesetze, Gesetz über die religiösen Orden, das Schulgesetz usw. Die Konstitution hat keine über das nächsthöchste Budget, die regionalen Statute und die Agrarreform zu entscheiden. Die Tagungsperiode der Nationalversammlung ist damit bis mindestens Februar verlängert. Es war auch darüber verhandelt worden, ob die verfassungsmäßige Nationalversammlung nicht überhaupt als ordnungsmäßiges Parlament weitergehen sollte. Die zahlreichen Gegner protestieren schon gegen die, ihrer Auffassung nach, willkürliche Veränderung der Tagungsperiode.

Sowohl hat sich die Front der Verfassungsgegner, die jetzt schon mit viel Propaganda für Revision der angeblich alten sozialistischen und antikirchlichen Mittel der Verfassung zu kämpfen begannen, erheblich verbreitert und verstärkt. Es legen dabei ihre große Hoffnung auf die kommenden Parlamentswahlen, die in der Tat eine Überarbeitung, das heißt, einen Ruck nach rechts bringen können, sowohl aus allgemeinen Gründen wie enttäuschten Erwartungen, als ganz besonders, weil den Frauen des Wahlrecht ausgehandelt wurde. (Deshalb war vorher schon ein zweifelhafte, die Konstitution in ihrer jetzigen Zusammenfassung solange als möglich lösen zu lassen.)

Zur Zeit herrscht folgende Lage: Die Gefahr von links (sozialistischen, kommunistischen, anarcho-sozialistischen und aufgehobene Arbeiterkräfte) ist stark vermindert, zumal fast die großen Streiks mißglückt sind und verschiedene kleine Aufstandsbegehren niedergeschlagen wurden. Dagegen hat sich die Mehrheit der Gegner von rechts wesentlich vergrößert. Von monarchistischen Deflationisten ist allerdings wenig die Rede. Von Kaiser Wilhelm XIII. fast übersehen nicht; er schon von der Weberadministration des Königs zum ersten Sohnes Juan. Da jedoch auch sehr viele Radikalen, die die stärksten Kräfte der Nation darstellen, keineswegs an die Wiederherstellung einer Monarchie denken (um so weniger als ihre frühere Position, das Vorkriegsland, noch jeder jammert und nicht ansonsten wohl kann Bewegung nicht gefördert werden; wohl aber von einer radikalen Rechtsregierung für Ausbau der Republik in konstitutionellem bürgerlichem Sinn.

Stadtagung in Paris

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENÈVE, 6. NOVEMBER

Der Staatspräsident Briand hat durch den Generalsekretär des Völkerbundes bei den Herren Staatsministern anfragen lassen, ob sie bereit einverstanden wären, die nächste Stadtagung zur Regelung des mangelfürigen Konfliktes am 16. Dezember, die wohlgeheint nicht mehr weiter verschoben wird, in Paris abzuhalten. Da Paris der Sitz des Staatspräsidenten ist, werden wohl hohes Interesse Einwendungen erhoben werden.

Universitätsfriede in Halle

Demonstrationen unterbleiben künftig

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

HALLE, 6. NOVEMBER

Seit heute nachmittag ist der akademische Friede wieder hergestellt, beschworen und befestigt, wenn man die Unterwerfung romanisierter Studenten unter die freiheitsliebende Antikantone und Selbstherrschaft so ferlich bezogen will. „Ein fauler Friede“ — werden sich wohl die Dozenten des Kramalls gefast haben, als sie, sichtlich nicht eben in Siegerstimmung, nach der abschließenden Besprechung mit dem Rektor das Universitätsgebäude verlassen. Für die weit überwiegende Mehrheit der Studenten aber bedeutet dieser Ausgang sichtlich eine seelische Befreiung von dem Druck, der in diesen Tagen auf der Universität lastete, und eine innerliche Befreiung von den unzulässigen Exzessen, die sie bei taglicher Besinnung selbst nur mit Scham empfinden konnten.

Es werden also, bis der Inhalt des Friedenspatentes, kleinerer Demonstrationen mehr stattfinden. Professor Dehn wird terminology am kommenden Dienstag seinen Vorlesungsbetrieb weiterführen, zu dem sich Theologiestudenten in überaus hoher Zahl bereits gemeldet haben. Die ganze Aktion, die mit allen Mitteln Truppelieferung Verhinderung und Satzungsentwicklung gegozogen war, ist in vollkommenebrochen.

Dem Schluß in Rektoratszimmer waren Stundenlang Eigungen aller studentischen Verbände vorausgegangen. Noch um 5 Uhr, als die Ausrede Prof. Dehns mit zehn Vertretern der Studentenliste stattfinden sollte, war die Lage völlig ungewiß. Eine merkwürdige Spannung, in ihrer unterdrückten Lärmsaft unterdrückt, lag über dem schon dankenden Universitätsvorplatz, auf dem die Studenten sich in einzelnen diskutierenden Gruppen drängten indes sich hinter den erdudetierten Fenstern des Rektors die Entscheidung vorbereitete.

In letzter Stunde wurden plötzlich neue phantastische Gerüchte laut. Man hörte, daß sowohl die Ausrede des Studenten mit Dehn wie auch die spätere anerkannte Versammlung der hundert Studentenvertreter, mit denen sich der Rektor eingehend über den Fall auseinandersetzen wollte, durch einen Beschluß der „Spezialkommission“ und der „Deutschen Studentenliste“ sichtlich gefährdet worden seien bei der Begründung, daß neues „hohles Material“ gegen Professor Dehn vorgebracht worden sei, das jede weitere Verhandlung unmöglich mache. Beschlußstimmung erfuhr man dann, daß die deutschnationalistische Ortsgruppe Salla in diesen Tagen Kundgebungen in die frühere Bergemeinde Dehns nach Berlin-Waldfeld entsandt und glücklicherweise „ermittelt“ hatte.

Dehn soll dem Tode der früheren Kaiserin des Glödenaltars versichert und ungewiß zur selben Zeit ein Gebot „gegen die Deutschnationalisten“ erlassen haben. Tatsächlich war — so im ersten Falle der Gemeinderatsmitglied, der wie es auch in anderen Berliner Gemeinden geschah, vernünftigerweise von einem Akt ablah, der auf die Arbeitervereinerung Wobbits prozognisiert gewürt hätte. Und das „Gebot“ war eine allgemeine gebotene Mahnung vor nationalfeindlichen Berirungen, zu der sich damals bei der agrarischen französischen Politik grade der König bot.

Nach solchem Verlauf also verlorst man mit dieser Parole die Dehn aus neue in Gang zu bringen. Der mehr Grund für die Haltung der Bergprediger, durch die die akademischen Verbände wie auch Prof. Dehn selbst die letzten, äußersten Möglichkeiten zu einer Verständigung bieten wollten, lag natürlich auf einem ganz anderen Felde. Diese zehn Studentenvertreter scheuten sich einfach, Dehn in einer Ausrede gegenüber zu treten, in der sie sich gewisser Kampfmittel bedienen mußten. Es wären bereit gewesen, mit 800 Kinntrüfflichen Silber-Studenten im Hintergrund die „Auswertung“ zu führen, aber sie hatten, als sie sich plötzlich die peinlichen Situation ansahen, eben.

Ausgangspunkt für die Kapitalisation dürfte dann eine Meinung von höherer Kammanbefähigt, vermuthlich von Mönchen, gewesen sein, die die Schließung der Universität ist und die daraus zu erwartenden weiteren Hochschulreform nicht mit dem bereitzet erstrebten „legalen“ Rurs vereinbar fand.

Dieser Dorn entsprang wurde dann die Resolution des „Hochschulrats“ und der „Deutschen Studentenschaft“ abgefaßt, die durch ihren am kommenden Sonntag die Forderung der Unterwerfung wiederholte, daß die „Deutschen Studentenschaft“ beiderseits der Weg und die Deutsche Studentenschaft haben beschloßen, die in einer Besprechung mit seiner Magnifizenz vorgelegenen Zusammenfassungen am 6. November nicht zu beschließen, da die Studenten ihrerseits glauben, einen besseren Weg gefunden zu haben. Zu der Beilegung des Universitätskonflikts sehen die Deutschen Studentenschaft und der Hochschulführer Dehn nur einen Weg: den Rücktritt des Rektors. Da der Herr Rektor schon lange nicht mehr das Vertrauen der Studentenschaft besitzt, sondern die gesamte Studentenschaft die Wahl eines neuen Rektors, der den Wünschen der Studenten mehr Verständnis entgegenbringt. Nur auf dieser Basis ist für die Einheit zwischen Lehrenden und Lernenden wiederhergestellt werden zu können. Weitere Demonstrationen lehnen wir grundsätzlich ab, da uns das Wohl der Universität sehr mehr als das Interesse in keinem Hinsicht und in keinem Zusammenhang ist. Die Beschlüsse der Studentenschaft werden in keinem Hinsicht und in keinem Zusammenhang mit den Angelegenheiten der fragwürdigen Exzessen. Den von unserer inneren Einstellung distinkten Kampf werden wir keineswegs aufgeben, sondern auch noch breiterer Basis mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln weiterführen.“

Unterszeichnet ist diese Erklärung von dem Vorsitzenden des „Hochschulrats“ Dehn, Prof. Dehn und dem Vorsitzenden der „Deutschen Studentenschaft“ Boerner. Es ist eine Klugungs-Lanone mit 1143 Unterschriften.

Wie jammersüß die Lehrer des Kramalls sich aus der Affäre ziehen, zeigte die Besetzung mit den Nationalsozialistischen Studentenbundes am Abend, in der einer der Hauptredner die eben genannte Studentenschafts-Vorsitzende Boerner, auftrat. Studenten waren nur in verschwindenderer Minderheit vertreten. Dagegen war die „Mannschaft“ von Halle zu der Bernehmung kommmandiert worden. Boerner fand nicht den Mut einzugehen, daß die Führer des Kramalls sich verpflichtet hatten, alle weiteren Demonstrationen zu unterlassen und den Kampf abzugeben. Dieser Wunsch ist jedoch peräsonlicher Natur und an Berachtungswertlosigkeit dürfte die Studentenschaft endgültig davon überzeugt, wenn Hände sie ihren Kampf „für die Reinheit der Hochschule“ und die akademische Würde anvertraut hatten.

Dr. Otto Häcker.

In Wismar ist es gelungen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WISMAR, 6. NOVEMBER

Hier in Wismar hat sich ein Gegenstück zu den Vorgängen in Halle abgepielt, nur hat leider die Sache tatsächlich zur Entzerrung eines aus unzulässigen Gründen angegriffenen Dozenten geführt. Etwa 80 nationalsozialistische Studenten der hiesigen Ingenieur-Akademie sind vor einigen Tagen dem Vizepräsidenten, hiesigen einem Soziologen, erschienen, mit der Forderung, der Rat der Stadt Wismar solle unverzüglich dem Direktor der Ingenieur-Akademie, dem Dozenten Dr. Weingarten, seines Amtes entheben. Merkwürdigerweise hat der Vizepräsident darauf die Abordnung der Studierenden erfaßt. Beweise dafür bezügelnd, daß Dr. Weingarten für sein Amt nicht geeignet sei — eine merkwürdige Behauptung, die die Studenten jetzt ihrem Lehrer die Gestalt austreten sollen.

Minister Schlange

Auf Vorschlag des Reichsanwalters hat der Reichspräsident den Rittergutsbesitzer und Reichstagsabgeordneten der Landvolkpartei Schlange-Schoenungen zum Reichskommissar für die Osthilfe und zugleich zum Reichsminister außer des Osthilfebereich ernannt.

Der neuernannte Reichskommissar für die Osthilfe, der Pommerische Rittergutsbesitzer und Reichstagsabgeordneter Dr. h. c. Schlange, findet in seinem Ressort eine Situation vor, die weitreichende Veränderungen nötig machen wird. Die Wirtschaftsentwicklung der letzten Monate hat die finanzielle Lage der Ostprovinzen der vergrößerten Ostprovinz von März dieses Jahres in Frage gestellt. Das heißt sich besonders auf die als Ostprovinz bezeichneten Ostprovinzen geplante Zwischensumme, bevor die 500 000 000 Mark aus den Mitteln der Industriebank greifbar werden. Tatsächlich ist die Aktion bisher erst wenig in Gang gekommen. Beträge für die Entschuldigung einzelner Betriebe sind noch so gut wie gar nicht zur Auszahlung gelangt. Die von dem Ostprovinzen am meisten umfährten Maßnahmen, die Entschuldigung, hat sich als in dem geplanten Umfang unzulänglich erweisen.

Es scheint nun die Absicht zu bestehen, den einzelnen Betrieben, soweit sie lernungswürdig sind, dadurch Erleichterung zu verschaffen, daß man ihnen, statt Lim- und Entschuldigung, die Zinsen ihrer Kredite und Hypotheken mit staatlicher Beihilfe reduziert. Der Umfang der Zinsenrückzahlung soll sich nach der für den jeweiligen Betrieb unter Zugrundelegung unveränderter Zinspreise errechneten finanziellen Leistungsfähigkeit richten.

Die Erben der Heher

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

HAMBURG, 6. NOVEMBER

Der Steinbürgere Bauernbund in Jpsch hat auf einer Versammlung seiner Vertrauensleute mit überwältigender Mehrheit beschloßen, alle Personen, die in kommunikativen Bernehmungen gesehen werden oder sich an kommunikativen Agitation beteiligen, sowohl gesellschaftlich wie auch wirtschaftlich zu boykottieren.

Dieser Beschluß steht im Zusammenhang mit der seit dem Bienenkreuzerfest zusammengekommenen Anstaltsabrechnung in einigen Städten in der Umgebung von Jpsch. Im Mittelpunkt der Bewegung steht der aus dem Bezirk bekannte Bruno von Golomon, der frühere Redakteur der inzwischen wegen politischer Unzulässigkeiten verbotenen Landvolkszeitung.

Ein in Pommern sehr bekannter nationalsozialistischer Wanderebene Emil Taeb, Köstlin, Kampfenführer Schlegelers aus dem Nordrupel, ist zur R.P.D. übergetreten. Es ist wahrscheinlich, daß sein Schritt weitere Austritte aus der R. S. D. A. P. zur Folge haben wird.

Gegen die Kleinpartei

Im Pommern-Club hielt gestern Abend der volksparteiliche Abgeordnete Siegfried von Randow der „Nationalen Arbeitsgemeinschaft“ ein lehrreiches Vortragsstück. Die Vortragsinhalte der politischen Frauenhochschule wurden beleuchtet, daß „Kleinpartei“ und „Kleinpartei“ der letzten Monate dem Parlamentarismus das Lebensrecht gestohlen hätten, daß Bolschewismus und Bolschewismus...

Der selbst bei diesem offenbar für kritisch Ang gehaltenen, Rungstift blieb es nicht. Da die Studentenschaft eine Petition lieferten, aber dafür kroden, sie würden die Stadt Wismar sofort verlassen, wenn ihre Forderung nicht erfüllt werde, und da schon die Stadt Oldenburg es für richtig hielt, zur Förderung ihrer eigenen Ingenieur-Akademie den Studenten für die Lieberlieferung freie Fahrt nach Oldenburg, Befreiung von den Gebühren der laufenden Semester und Einräumung von Lieberleistungsanstellungen, so beschloß der Rat der Stadt Wismar, den Dr. Weingarten zu erfragen, er möge sich für die Rückgabe von seinem Amt zurückziehen.

Dr. Weingarten, dessen einziges Verbrechen darin besteht, sibirische Wänter zu sein, hat dem Willenen der Stadt Wismar nachgegeben und öffentlich erklärt, er wolle dem Wohl der Stadt nicht im Wege stehen. Die Studenten hatten übrigens in der letzten Zeit Dr. Weingarten mehrfach bestraft. Die Stadteroberungs-Vermählung, die sich mit dem Fall befähigen sollte, war nicht beschlüssig, denn außer der Notizen befinden auch einige Stadteroberer, die man sonst zur Witter regnet, fern.

Ausfchreitungen auch in Warschau

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WARSAU, 6. NOVEMBER

Die Studenten der Warschauer Universität sehen heute ihre akademischen Freiheiten sehr. Gelehrte und Studenten sind auch in die Substanz mit, wo sie jedoch teilweise auf sehr handfäufige jüdische Transportarbeiter und Ruffler gestoßen, die ihnen festigen Widerstand leisteten. Insgesamt wurden bei den heutigen Unruhen 13 Personen verletzt, darunter ein jüdischer Student liebenswürdigkeit. Bei den Anträgen wurde auch die Gattin des Warschauer Universitätsrektors von rektoralen Studenten tödlich geflohen. Der Rektor hat gundst für einige Tage die Universität geschlossen.

Die Umstellung der Osthilfe würde gleichzeitig eine erhebliche Erparnis an dem neu ausgelegenen Apparat der Osthilfe-Bankstellen bedeuten. Es soll erzwungen werden, ihnen den finanziellen Teil der Ostprovinzen überzaupt abzugeben und den Finanzamt zu überlassen. Die landwirtsch. Finanzämter haben einen Einfluß in die finanziellen Verhältnisse jedes einzelnen Ostbetriebs.

Die agrarische Kontrolle hätte bei den Landstellen zu verbleiben. In ihnen besitzt ein so modern denkender und gut gebildeter Landwirt wie Schlange gleichzeitig das Instrument, um auf eine Modernisierung der landwirtschaftlichen Betriebsführung im Osten einzuwirken.

Vor dieser auf weite Sicht berechneten Arbeit hat die Füllgröße für den Augenblick zu stehen. Diese Betriebe können momentan unter unzulässigen Druck drängender Steuer- und Zinsverpflichtungen, oft genug unerwarteter Kreditlimitierungen, ihren Besitzungen und damit Denkmälern zu verheiten, muß die erste Umgestaltung des neuen Ostministeriums sein. Dr. Schlange hat aus seiner Vergangenheit als Führer des deutschnationalen Landesverbandes Pommern seinen aus Weidenschaft gekommenen Amtsvorgänger gegenüber ein erhebliches Plus. Er kennt die Gründe der ostprovinzischen Landwirte und weiß mit ihnen umzugehen. Ihm sollte es nicht fehlen fallen, ein Vertrauensverhältnis herzustellen, obgleich er seit seinem Liebertritt zur Landvolkpartei von rektoraler Seite erbitert befannt war. Auch Schlange auf Grund seiner intimen Lokalkenntnis nun auf jeden Versuch zum Gesäßfährnisse mit öffentlichen Geldern, ohne Rücksichtnahme auf patriotische Gründe, aber übertriebene Begehrtüme vertritt, ist die Erwartung, die an seine Ernennung geknüpft werden muß.

begehren kein gefundes Mittel politischer Meinungsäußerung seien, und daß das proportionale Wahlrecht zur Bsperritterung einer tragfähigen Wille gefüht habe.

Am Schluß gab Randow temperamentvolle Worte gegen den Reichsminister. Das Durch- und Rechtmachen von Heinen und großen Behörden müße nicht ohne neuen starken Rückgangswelt werden, die im Interesse der Wirtschaft und der auslandsbürischen Minderheiten liegt. Statt des sich überschneidenden Gesehenswärters wolle man Beschränkungen, die jedermann verstehen könne, und Abschaffung der 150 000 Steuercenten, die heute auf die Steuerträger losgelassen würden, und ein fest ebend großes Steuer-Schwerfdrückungsmittel müßte und unproduktiv bestrüßigen.

„Clanswicz und wir“

Der Deutsche Republikianische Reichsbund, Ortsgruppe Berlin, veranstaltet Freitag, 13. November, 20 Uhr, im Saal des Demokratischen Klubbaues, Ritterstraße 24, einen Vortragabend mit dem Thema „Clanswicz und wir“ (zum 100. Todestag am 16. November). Das Referat hält Reichsleiter für Reichsbund Dr. Martin Sobom.

Hierzu zwei Beilagen

Verantwortlich für die Anzeigen: Willig Sauer, Berlin Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zweimal wöchentlich. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder sonstigen Anspaus, sind Rückstellungen aus dem Bezugsloos — „Tägliche Unterhaltungsblätter“ — „Fisane und Handelsblätter“ — „Wochenblatt“ — „Die illustrierte Beilage“ „Zustellblätter“ — „Literarische Umschau“ — „Reise und Wanderung“ — „Reise- und Leben“ Für Rücksendung unverlangter Manuskripte Porto beifügen VERLAG UND DRUCK: ULLSTEIN A. G., BERLIN

3 Jahre Gefängnis für Selldorf beantragt

Die Strafanträge der Staatsanwaltschaft

Am Dem Prozess gegen den Grafen Selldorf und seine Mitangeklagten wegen der Kravalle auf dem Kurfürstentum am 12. September beantragte der Staatsanwalt gegen Selldorf und den Stabsleiter Ernst wegen schweren Landfriedensbruchs und Aufreizung zum Krassen die Gefängnisstrafe von je drei Jahren und eine Geldstrafe von je 300 RM wegen Beleidigung des Reichsmanns Dietrich. Gegen den Ganghahnenflüchter Brand beantragte der Staatsanwalt 2½ Jahre Gefängnis wegen schweren Landfriedensbruchs und Aufreizung zum Krassen. Wegen einflussreichen Landfriedensbruchs und Aufreizung zum Krassen beantragte der Staatsanwalt, die Angeklagten Felix Damerow, Söhn, und Bogemeyer, die zu einem Jahr Gefängnis zu verurteilen. Gegen den Angeklagten Gomeritz wurden neun Monate Gefängnis beantragt.

★

Nachdem der Staatsanwalt mit seinem Plädoyer begonnen hat, unterbricht ihn der Vorsitzende. Das ihn und Vertretung für. Hier gehen alle, möge gehen. Von jetzt ab kriechen die Kravalle gelöst. Das geht auch für die Berent der Presse.

Die Herren, übrigens auch die Damen der Presse, lassen sich verblühen an. Ihr ihn und Sie hängt nicht zu ihrem Verbleiben ab. Sie gehen hinaus, um ihren Bericht zu erläutern, zu der Zeit, da das von ihnen bediente Blatt die Meldung braucht. Oder Sie gehen hinaus, wenn ich erwarre ein bedrohliches Ereignis mitzutragen hat, befinden Sie sich an ihr Blatt für notwendig halten. In beiden Fällen kommen sie so schnell wie möglich wieder herein, um den Fortgang der Verhandlungen nicht zu veräumen.

So müssen sie auch diesmal verfahren, ungeachtet der Mahnung des Vorsitzenden. Als sie den Saal wieder betreten wollen, finden sie durch eine Reihe von Jurisbeamteten den Zugang gesperrt. Keiner darf hinein, der Vorsitzende aber es verboten. Die Juristenreihe wird angefallen, nach ihr der hellere, für die Öffentlichkeit zu sein. Das ist ein Verstoß, das Verbrechen. Wenn der Vorsitzende es verboten habe, ist nichts dagegen zu machen.

Endlich erhält sie die Erlaubnis, im Zusammenhang mit einer kurzen Berührungspause. Es stellt sich heraus, daß die Juristenhauptmeister den Bericht unrichtig weitergegeben haben. Es soll heißen: Alle habe Stunden einmal hinaus oder herein. Als es endlich gelingt, mit dem Vorsitzenden selbst zu sprechen, gibt er seine Meinung dahin kund: Das Interesse der Angeklagten ist wichtiger als das Interesse der Zeitungen; das Urteil wichtiger als der Bericht.

Obwohl Zweifel über den Grund des Verzehrs unangenehmes Lob. Die Anordnung ist eine untere Willkür, die der Vorsitzende im Laufe des Selldorf-Prozesses getroffen hat. Sie muß also zusammen die Presseführung ausmachen. Sie muß sich gefallen lassen, zusammen mit den anderen Möglichkeiten fertig zu werden; aber der Vorsitzende darf verlangen, daß das Ende des Prozesses abgewartet wird. Verbleiben wir nicht bis zum Urteil.

Als er sich im Wege, schon jetzt das habe auf der Sitzungspolizei nachprüfen. Es gibt da den Paragraphen 176 des Gesetzes über die Gerichtsverfassung. „Die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Sitzung liegt dem Vorsitzenden ob.“ Welche Pflicht ist mit einer Reihe von Rechten umgeben: der Vorsitzende darf Sitzung, Ungehörig, Ungebühr mit sofortiger Befristung abhinden. Das versteht sich von selbst, und darum soll nicht gerüttelt werden.

Die Rechte des Vorsitzenden dürfen nur den Vertretern der Presse im Verhandlungsraum nicht helden. Auch das versteht sich von selbst. Aber haben nicht auf die Pressevertreter im Gerichtslokal gewisse Rechte? Und sind diese Rechte nicht in gebührender Behandlung zwischen der Aufsichtswaltung und den Organisationen der Presse halbwegs festgelegt worden? Eines Tages empfiehlt ein Vorsitzender die beruflich notwendigen, seit Jahren in allen Verhandlungsräumen die Presse als führend. Er sagt ein, ohne Rücksicht auf die Beherrschung der Presse, auf Grund seiner Sitzungspolizei. Und vor dieser Tatsache müssen alle Inhaftigen sich für unzulässig erklären? Und im gleichen Augenblick sind alle Benützungen um ein verständnisvolles Zusammenarbeiten von Justiz und Presse außer Kraft gesetzt?

Das können die Beteiligten nicht wollen. An dieser Stelle zeigt sich die Notwendigkeit einer kleinen Reparatur. Die Juristenbehörden und die Presseorganisationen sollen nicht gegen, sie gemeinsam in Angriff zu nehmen.

Die Plädoyers

Dem Strafprozess gegen den Grafen Selldorf und seine Mitangeklagten liegen die Staatsanwälte Dr. Steng und Dr. Pfeil eine ausführliche Würdigung der Beweisaufnahme nach der tatsächlichen und rechtlichen Seite vorzulegen. Staatsanwaltschaftsrat Steng führt seine ausführliche Rede an, die sich auf dem Kurfürstentum von Demonstrationen verzieht überhöht Gewalttätigkeiten. Der Staatsanwalt kam zu dem unwiderstehlichen Schluss, daß die Kravalle auf eine Verabredung der Beteiligten zurückzuführen sind. Die Überredung der Demonstranten in Stuttgart ein, ohne Rücksicht auf die Verhältnisse vorzuziehen gewesen sein und entsprechend für die Blamierung des ganzen Unternehmens ist die Tatsache, daß Angehörige von 13 bis 25. Etieren auf dem Kurfürstentum erschienen waren. Die Runde

von der bevorstehenden Aktion konnte sehr wohl von Mund zu Mund verbreitet worden sein.

Staatsanwaltschaftsrat Steng wandte sich den rechtlichen Ausführungen über den Landfriedensbruch-Paragraphen und den Paragraphen 130 (Aufreizung zum Krassen) zu. Das Verbrechen, das vom Grafen unter Schutz gestellt wird, ist nicht allein die Sicherheit von Personen und Sachen, sondern die öffentliche Ordnung und Sittlichkeit überhaupt. Die strafbare Teilnahme am Landfriedensbruch liegt nicht in der Billigung von Gewalttätigkeiten bei der Beteiligten voraus. Es genügt nach der Qualität des Verhältnisses, daß die Teilnehmer sich der Bewandigung, von der Gewalttätigkeiten möglichweise zu erwarten sind, angeschlossen und dadurch die Gefahr für die öffentliche Ordnung verschärfen. Aber sich einer Bewandigung, von der er sich sagen muß, daß es aus ihr heraus zu Gewalttätigkeiten kommen kann, angeschlossen, macht sich bereits der Teilnahme am Landfriedensbruch strafbar. Dabei ist es nicht nötig, daß der Teilnehmer sich bewußt der Gewalttätigkeiten zu begehen. Die entscheidende Rolle, die von den Demonstrationen ausgeht, werden, stellen eine Aufreizung zum Krassen dar. Die Nachfolge, die das Gericht zu prüfen hat, ist, inwieweit auch solche Teilnehmer wegen Aufreizung zum Krassen zu bestrafen sind. Die entscheidende Rolle, die von den Demonstrationen gelangte auf Grund der Reichsgerichtsentscheidung zu der Aufstellung, daß auch beriente sich des Berechtigten gegen den Paragraphen 130 schuldig macht, bei der in einer Weise, die nicht ausreicht, vorzutreten, ist es jedoch geringe macht.

Ein einziger wurde das Ergebnis der Beweisaufnahme in dem Plädoyer des Staatsanwaltschaftsrats Dr. Pfeil, gewichtig. Der zweite Komplex der Beweisaufnahme um die Angeklagten Selldorf und Ernst. Staatsanwalt Pfeil wiederholte, daß kein Beweis dafür erbracht ist, daß die Kravalle der S. M. der Teilnahme von der bevorstehenden Teilnahme hatte. Nach Ansicht des Staatsanwalts erhielt Selldorf am Nachmittag Kenntnis davon, daß auf dem Kurfürstentum etwas los sein werde. Späterens

Sechs Todesopfer eines Flugzeug-Manövers

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

RIGA, 6. NOVEMBER

Seute nachmittags ereignete sich in Vibau eine schwere Flugzeug-Katastrophe, bei der sechs Personen den Tod fanden. Zwei Militärflugzeuge vom Heinkel-Typ waren aufgeflogen, am Schieß- und Zielübungen im Luftkampf zu machen. Die Besatzung der beiden Flugzeuge bestand aus drei Offizieren, zwei Sergeanten und der jungen Frau des einen Flugzeugführers. An einer Höhe von 800 Meter ereignete ein Zusammenstoß der beiden Flugzeuge, und die Maschinen fielen mit zerbrochenen Flügeln in die Tiefe. Die Flugzeuge stürzten in einen Größelhof in der Nähe von Vibau. Alle sechs Insassen konnten nur noch als Leichen aus den Trümmern geborgen werden.

Der verhängnisvolle Name

Wieder Raubüberfall aufgeklärt

Der schwerste der fünf Raubüberfälle, der am Montag dieser Woche verübt wurde, der Heberfall auf die Gehehen des Rauberpols Jander in der Stalizer Straße 66, ist von der Kriminalpolizei aufgelöst worden. Die Täter sind nicht nur wegen Raubes, sondern auch wegen verurteilten Mordes dem Richter vorgeführt worden. Es ist nur einem Zufall zu verdanken ist, daß Frau Jander mit dem Leben davonkam.

Am Montag vormittag waren bei Frau Jander aus junge Burden erschienen, die nach einem gewissen Zeitpunkt traten. Frau Jander, die allein zu Hause war, und der ein Mann namens Jankits unbekannt war, forderte die Besucher auf, noch einmal vorzutreten, wenn ihr Mann zu Hause sei. Unter der Vorhutigung, dem Mörderpaar eine Baumstrasse zu verlaufen, hatten die Burden den Mann in eine Gastwirtschaft gelockt und erließen, während Jander arglos auf den Auftraggeber wartete, wieder in der Wohnung. Sie stiegen über die Frau her und schlugen solange mit Revolverkugeln auf sie ein, bis sie fast lebenslos mehr von sich gab. Die Burden durchwühlten alle Bekleider. Als die Frau nach einigen Minuten aus der Betäubung erwachte, schlug der eine von ihnen mit den Worten: „Ist bei denn immer noch nicht tot“, erneut auf sie ein.

So haben dem Augenblicke ihrer ein Nachbar, der Zimmermann Ziehe hinzu, der den Käse gehört hatte, und es gelang ihm, den einen der Mörder, den 27-jährigen Otto Heine nach längerer Verfolgung festzunehmen. Die Namen jenes Mörderpaars weigerte sich

Das Unterhaltungsblatt der „Vossischen Zeitung“

enthält im Abendblatt u. a. folgende Beiträge:
Der Kritiker Rob. Schumann von Otto Reiner
Familie Pöge von Erich Kästner
Haus in der Landschaft . . . von Wolfram Brockmeier

aber habe er es im Afrika-Ausflug kurz nach 8 Uhr erfahren müßten. Es sei ganz belanglos, ob Selldorf auf seiner Fahrt über den Kurfürstentum Gewalttätigkeiten mit angehen habe oder nicht, denn rechtlich genüge es, wenn er damit rechnen mußte, daß es zu Gewalttätigkeiten kommen werde. Mit dieser Absicht habe er aber rechnen müssen, weil er die Stimmung seiner Leute kannte. Die Staatsanwaltschaft habe begründeten Zweifel, daß Graf Selldorf vor vornherein die Absicht hatte, Ergüsse zu verhindern. Wenn Graf Selldorf in der Verhandlung auszusagen, daß er sich nicht auf die Absicht, die Kurfürstentum durch Epiziel und Provokation infizieren zu, lo sei es befremdend, daß er zu Gefährdung vieler unangehörigen Leute in den eigenen Reihen am nächsten Tage nichts unternommen habe. Aus dieser Unfähigkeit folge, daß er die Vorgänge am Kurfürstentum begünstigt habe.

Mis Selldorf und Ernst am Nachmittag erließen, daß die Demonstration besondert, unternommen ist nichts zu ihrer Beendigung. Als sie auf dem Kurfürstentum erschienen und ihre Leute dort haben, mußte ihnen die Möglichkeit der Begehung von Gewalttätigkeiten klar werden. Durch ihr bloßes Erscheinen bewirkte sie eine plötzliche Stärkung der Demonstranten. Aus diesen Gründen hat der Staatsanwalt auch bei Selldorf und Ernst den Vorwurf der Absichtsvollheit als gegeben an. Die übrigen Angeklagten haben in der Hauptverhandlung ausgegeben, daß sie Schädigungen auf dem Kurfürstentum beabsichtigten. Erprobten habe sie sich in der Bewandigung ausgehalten und sich somit des einfachen Landfriedensbruchs schuldig gemacht.

Am Anschlag an die Staatsanwälte kamen die Vertreter Staatsanwalt Dr. Pfeil und Rechtsanwalt Dr. Pfeil, die beide für ihre Mandanten freispruch beantragten. Rechtsanwalt Dr. Pfeil hielt die Befuldigungen gegen seinen Mandanten, den Ganghahnenflüchter Brand, für nicht erwiesen. Ebenfalls beantragte er für den Angeklagten die Freisprechung. Die Angeklagten der Strafzettel, die ihnen zur Last gelegt werden.

Nach den beiden Vertreter-Plädoyers wurde die Verhandlung ausgesetzt und am Sonnabend vormittag fortgesetzt. Es werden die Vertreter Dr. Franz II (München), Dr. Sed und Dr. Pfeil, die Freispruch beantragten, vorzugsweise auf die Verteidigerreden erwidern wird und auch die Verteidigung faum auf eine Duplie verzichten wird, dürfte das Urteil, wenn überhaupt am Sonnabend, erst in den letzten Abendstunden gefällt werden.

Was ich noch sagen wollte . . .

Bitte, neue Gesichter

der Verhältnisse zu nennen. Die Tatsache, daß er bei seinem ersten Besuch nach einem gewissen Zeitpunkt gefragt wurde, wurde ihm am Vorhänge. Es hätte sich heraus, daß Pfeil mit einem Mann die Namen zu den Zeit, der er häufig zusammengekommen war. Gestern morgen erschienen Kriminalbeamte in dessen Quartier in der Büdlerstraße, sagten ihm die Beteiligung auf den Kopf zu, und der Überlebende legte sofort ein Geständnis ab.

Wir sind bei der neuen Bremiere des ersten deutschen Freiwilts gewesen. Alles war, wie man sich hätte: auch freiwilts viele Privatnotas — ad, wir hatten schon gar nicht mehr geglaubt, daß jo viele Mercedes und Porsche in Berlin herumfahren werden. Die neue Bremiere wird in jeder Lage ein repräsentatives Gesicht. Im Forterre der weiße Charakterkopf Severings mit der schönen ausgebildeten Stirn, die man eher einem Mathematiker als einem Politiker zurechnen würde. In jeder Parteiliche ein wenig Bundesbüchlein (übrigens, die Vertriebsmittel wird entwertet, wenn sie in Rubeln aufriffen), weißerweilts, halb weißerweilts, ein einzelner, ein einzelner, ein einzelner, aber ausgefallenen Literaturinteresse, die großen Berleger, die den Entdeckungen der Konturren in gewöhnlich Anwesen zujubeln, sogar einen Kandidatensdirektor aus Wobau entbede ich, der mit einem Zwanzigjähriges Monatsgehälts einen vorbereten Gift erworben hatte. Auch ein Polizeipräsident applaudierte; je verdrehtere er es auf der Bühne ausging, um so freundlicher schaute der Polizeichef zu, die Schulte auf der Bühne bewies ja die Notwendigkeit seiner Existenz.

In dem glänzenden Bilden feststen zwei Farbenflecken. Erstens: Eine einzige Uniform! Vor 1918 waren die Offiziere, mit Ausnahme der Urhühner, ja auch nicht literarisch, aber dann und wann leuchtete damals doch ein bunter Rock aus der Parteiliche. Wie wäre, wenn Herr General von Pfeil, der in der ersten Reihe ein einzelner, ein einzelner, ein einzelner, aber ein Offiziere in eine Bremiere abkommener? Der Anblick würde Senfation machen. Oder scheidet es sich für die neuen Herren, unfindbar zu bleiben? Aber das ist eigentlich nur der allerhöchsten Instanz, nämlich dem lieben Gott vorzugehen.

Ein zweiten Fehler könnten die Theaterdirektoren leichter abgeben. Lieber hätte man ein glänzendes Ballett und fünf tüchtige Leute, to entbedt man bestverfügbare sehr viel weihnachtige Herren und Damen. Das kann nicht anders sein, der Ruhm wird mit Jugend bezahlt. Aber . . . in diesen großen Bremieren sitzen fast nur verblühte oder literege Jagt- alte Leute.

Sich hatte den nächsten Einfall, ringsum im Theater ein junges Raub zu wollen, einen Zwanzigjähriges, der mit einer Reumergelbheit geglaubt, einen ereiget der Erlaubbung eines jungen Dichters beschwören wollte. Dergleichen hat es doch einmal gegeben? Das Auge ist von Neige zu Neige, mit dem Dpernquadrat ludte ich Loge auf Loge ab, Goleterlich noch Goleterlich.

Sich entbede keinen jungen Dichters. Fürchtbare Wahrnehmung. Fürchtbar für den Dichter, aber, um einzuhängen, unterdrückte Serzen und Jierne

Grosse Tage im Berliner Schwimmsport

Die internationalen Wettkämpfe im Wellenbad — Wasserballstadtspiel Berlin-Prag
Meisterklasse aus Deutschland, Ungarn und Frankreich am Start

Die Weibliche für die internationalen Schwimmettkämpfe, die von der S. G. der Berliner Schwimmvereine ... Berliner Schwimm-Club und Schwimm- und Sport-Club Berlin heute und morgen mit Unterstützung der „Berliner Morgenpost“ ...

Sehenswürdiges bei der Veranstaltung sind am ersten Tage, Beginn 20 Uhr, die Demonstration über 200 Meter Brust und 100 Meter Kraul, die Wettrennen über 100 Meter Rücken und 200 Meter Kraul, das Schwimmrennen über 200 Meter Kraul ...

Seckely will Deiters schlagen
Der Ungar Seckely hat sich nicht trüben lassen, daß er auf seiner Weichlandreise in einer seiner Spezialformen, 100 und 200 Meter Kraul, einen Sieg erringen wird ...

Es stellt sich vor: Mario Lepage
Man hat im August mit Erlassen erfahren, daß Frankreich auf einmal einen Kampfrichter hatte, der sich der deutschen Ehrentafel völlig würdevoll erwies: Mario Lepage aus Cannes ...

Prags Wasserballer am Start
In Paris war ein einiges Stadion über die unermüdeten guten Leistungen der tschechischen Wasserball-Nationalmannschaft ...

Europameister Gerhart Deutsch
Der junge Breslauer Deutsch, der in diesem Jahre durch den Sieg in der Weibschlacht von Berlin und dem Europameisterschaften den Lohn für sein vorbildliches, sportliches Streben ...

füllt sich im Schwud seiner doppelten Meistertitel heute abend dem Berliner Publikum vor.

Hertha Wunderschwimmt Brust und Kraul
Im 200-Meter-Damenbrustschwimmen startete die Belgierin Gertha Bunder, von der immer wieder Reformbildungen über die längeren Brustformen herüberkommen ...

Schmeling, Sobek u. a.
Start und fast belegte Wettkämpfe der zweiten Klasse und einige ansehnliche Einlagen vorstimmlicher Spieler bilden den Rahmen zu den Veranstaltungen, besonders viel Spaß wird den Zuschauern aber „aus 50-Meter-Schwimmern der Sportprominenten“ ...

„König Richard“ endgültig ex
Bewegte Kämpfe im Spicberinger
Richard Baujots Combold und das Brustrennen zweiter Italiener hatte den Spicberinger mit Erfolg gefüllt ...

Richard Baujots Combold und das Brustrennen zweiter Italiener hatte den Spicberinger mit Erfolg gefüllt. Die Zuschauer betonen zuerst einen flotten Bierrennendeckel ...

Der erste der italienischen Gäste, Aldo Bechetti (65 kg), kämpfte gegen den Dresdener Bittner (66,8 kg) und stellte sich als recht schneller, intelligenter, aber zu viel polterer Beger vor ...

hört Richter pflichtig zu kämpfen auf und manierte „Bierrennendeckel“. Der Ringrichter Bippow hatte nichts gefehen. Bechetti stürzte sich auf Richter, der in sinnloser Wut zweimal tief schlug ...

Abschied von Hoppegarten

Wohlthatigkeits-Renntag war ein Erfolg
Der gefragte Wohlthatigkeits-Renntag unterschiedlich sich grundlich von den sonstigen Veranstaltungen in Hoppegarten. Auf der Halbinsel ...

Auf dem Uferufer war die Regenflut dieses Tages unangenehm. Es waren viele zu wenig Wettkämpfer geblieben, um dem Anhang der Wettwilligen begegnen zu können ...

Preisverteilung: Fächerrennen (Chempiret und 600 M., 1000 Meter): 1. Lehmanns G. G. G. (Hartmannsrennen), 2. Gernandrennen (Reuten), 3. Fingeb-Wette (Reuten) ...

Der Tennis-Club Blau-Weiß veranfaßt heute (Beginn 21 Uhr) in seinem Klubhaus in Dahlem seinen großen Winterball ...

Advertisement for 'Familien Nachrichten' featuring a portrait of a woman and text: 'Mein Hut der ist ein Wilke', 'ein Wilke', 'Mein Hut der ist ein Wilke dann ist er nicht mein Hut', 'Wilke Hüte', 'föhren alle leistungsfähigen Hut-Spezialgeschäfte'.

Advertisement for 'Gerichtliche Bekanntmachungen' and 'Zwangsvollstreckung' with text: 'Friedrichstr. 13/14, III. Stockwerk', 'Zwangsvollstreckung', 'Gerichtliche Bekanntmachungen'.

Sanieren nicht frisieren

Von

Dr. Edmund Delmonte

Die Reichsregierung hat wohl erkannt, daß zur Milderung der innerdeutschen Sonderskriege auch der Mut gehört, die eigene Armut einzugehen. Die Mehrheit des deutschen Volkes hat ebenso begriffen, daß Armut nicht schadet. Aber die Maßnahmen der Reichsregierung, die getroffen, und allem Anschein nach geplant sind, abeln ein wenig der Echterner Springzosen: Zwei Schritt vor, ein Schritt zurück. Die zwei Schritte voran sind, die Aktiennotelle und die erleichterte Sanierung. Der Schritt zurück wäre ein Bilanz-Aufschub mit seinen notwendigen Folgen. Dieser Vorwurf gilt weniger der Reichsregierung als denjenigen Kreisen der Wirtschaft, die sich auch heute noch gern reich wähnen, und die mit der Wahrheit nicht einverstanden sind. Sie sind es vermutlich auch, die der Regierung den Plan angetragen haben, Bilanzen vorerst nicht aufzustellen, und wenn sie schon aufgestellt werden, dann nicht zu sanieren, sondern schlecht und recht mit allen Mitteln der Bilanz-Schönheitspflege zu frisieren.

Wir sind durchaus der Meinung derer, die glauben, daß sich bei der heutigen Erwartung aller Werte eine richtige Bilanz nicht aufstellen läßt. Aber was ist eine richtige Bilanz? Man weiß nicht einmal, ob am Ende des ersten Halbjahrs 1932, dem gewünschten Zeitpunkt für die Aufstellung der Bilanzen, die Lage klar sein wird, daß alle Werte richtig eingesetzt werden können. Das aber war stets die Kardinalfrage der Bilanzen. Sie unterscheidet sich heute von früher nur dadurch, daß die Verschreibungen in der Wertbemessung größer sind, und die Abschätzung an dem Bilanzstichtag ungewisser als früher. Daher ist es an sich schon schlimm genug, doch nicht zu ändern. Aber man darf das Bestreben, einen Schleier vor die Armut zu ziehen, nicht übertreiben. Wenn daher der Plan erwogen wird, ähnlich wie bei der Bilanzierung, ein besonderes Verzeichnis für Kapitalverwertung, Krisenverwertung oder wie man es sonst nennen will, zu schaffen, dann müssen alle Wahrheitsfaktoren hiergegen Einspruch einlegen.

Gewiß ist die Wahrheitsforschung hier keine ideale oder ethische Forderung, sondern nur eine einfache geschäftliche Maßnahme, und wir wissen, daß die Dinge sehr einfach festgestellt werden können, wenn man sich an die Gesetzbücher durch Notverordnung ein solches Konti gestatten würde, dann müßte es im Laufe von mehreren — man spricht von drei bis fünf — Jahren getilgt werden. Zweifelslos wäre eine solche Lösung, die die Krisenverwertung nicht einfach feststellt, manchem nicht ungewünscht. Aber was müßte die Folge sein? Selbsttäuschung und Täuschung der anderen. Nehmen wir nur das Gebiet der Kreditgewährung. Es wären alle Chancen vorhanden, an Grund mehr oder weniger fiktiver Werte Kapitalien in die Unternehmungen hineinzu pumpen, die in den Zustand der Fehlleistung verweigen würden. Der Grundzins müßte deshalb im Gegensatz dazu sein: Klein, aber gesichert. Dann verschwindet die bisherige Ausbeutegedanken und manche Aktienstücke von selbst, die heute noch üblich sind; dann werden sie angesichts der kleinen Bilanzeffizienzen wenn nicht ganz unterbleiben, so doch auf gesünderer Basis vorgenommen werden. Jedenfalls wird die Bilanzierung in der Krisenvernehmung risiger Gewinne zur Überkapitalisierung geführt hat, alsdann stark verringert. Nichts tut der Wirtschaft mehr not, als die Abkehr von ihrem Hochmut.

Wenn wir daher fordern, daß unter der Vergangenheit ein Schlüsselrecht gezogen wird, so sind wir uns darüber klar, daß diese Schlüsselrechte nicht ohne weiteres über die überragenden Epochen nicht allen Unternehmungen unangenehm sein wird. Der Bazillus der großen Zahlen hat nicht überall Infektionen hervorgerufen. Im Gegenteil, wir halten das Gros der deutschen Wirtschaft für innerlich gesund, selbst wenn die Mittelschichten überall Wunden hervorgerufen hat. Wir sprechen deshalb auch sicherlich im Namen der Hunderttausende von kleinen und Mittelbetrieben, die in der Zeit des Größenwachsens an Vertrauen zu kurz gekommen sind, im Namen all jener noch hartarbeitenden kleinen und kleinen Betriebe, die in den Banken und in den Sparkassen ihre Stütze gesehen haben, als die Banken noch die Millionen in die Großkonzerns fließen ließen und die kleinen fast nirgends Unterstützung fanden. Diese kleinen und kleinen Unternehmungen werden sich jetzt nicht, auch zur Folge gehabt, daß die gleichen Hunderttausende neben wenigen großen schuldnefrei geblieben sind. Wer sind dann jene, die sich gegen die Aktien-Notverordnung mit ihrem Privatblutströmen gewendet haben, und auch jetzt noch das schreien, was sie sagen wollen?

Denn darauf kommt es an. Die Wirtschaft soll saniert werden, nicht die Sanierung verschleppen. Je eher und je gründlicher der Sanierungsprozeß durchgeführt wird, desto schmerzloser wird er sein. Täuschen wir uns nicht darüber, daß die Denkart des gesamten Volkes — zur Zeit wenigstens — in der Sanierung liegt. Der Kampfmann, der nach dem Namen mit seinen strengen früheren Ehrbegriffen entgegen heute leichter dem unangenehmen Empfinden, daß man auf ihn mit Fingern zeigt. Noch ist im Volke die Überzeugung vorhanden, daß alle Kreise des Volkes alle Völker der Erde große Schritzer begehungen haben. Diese Denkart sollte ausgenutzt werden, damit nicht in einem späteren Zeitpunkt wieder der Zwist zwischen den eigenen Volksgenossen auflebt. Das Kapital an Vertrauen, das noch vorhanden ist, sollte in den Dienst der Sanierung gestellt werden; nur so können wir schnell über die Krise hinweg.

Für wen wollen sich denn die heute arm gewordenen noch reich rechnen? Den Nutzen hätte jeweils nur der Steuerfiskus. Die Unternehmungen kennen sich gegenseitig zu gut, als daß sie sich innerhalb einer Branche ein X für ein U vormachen ließen. Der Steuerfiskus aber sieht in der

Bilanz, auch wenn sie Entwertungskonten oder Sanierungsrechnungen, gerade diese Positionen als Aktivposten und bekennt, daß sie nicht nach ihnen. Das aber ist auch im öffentlichen Interesse unerwünscht, wenn man darauf ausgeht, die öffentlichen Ausgaben zu beschränken. Wir wissen, daß z. T. die öffentlichen Ausgaben die einzigen Geldflüsse der aus der angehenden oder wirklich vorhandenen Geldflüsse der öffentlichen Hand entstanden sind. So ist die Sanierung, die sich nicht schaut, die Armut da, wo sie vorhanden ist, ziffermäßig auszudrücken, auch im Interesse der Sanierung der öffentlichen Finanzen von nicht unbedeutender Wichtigkeit. Es wäre demnach verfehlt, wollte die Regierung, an allengetrieben durch mächtige sanierungsreife Kreise, im Hinblick

Polen stoppt Rußlandgeschäft
Starke Entlassungen bei Kattowitz und Laurahütte

Die Kattowitz A.-G. teilt offiziell durch den W. T. B. Handelsdienst mit:

Am Donnerstag traten die Aufsichtsräte der Vereinigten Kattowitz A.-G. und der Königs- und Laurahütte, die einer wirtschaftlichen Einheit zusammengeschlossen sind, in Wien zusammen, um über die allgemeine Finanzkrise und die Entwertung des englischen Pundz geschaffene Lage zu beraten. Die Beschlüsse dieser beiden Aufsichtsräte waren fast vollständig erschienen.

Es ist bekannt, daß die beiden Gesellschaften Anfang des Jahres einen großen Abschluß auf Stabieren, Formeisen und Bleche mit Sowjetrußland getilgt haben. Abgeschlossen wurde der Vertrag unter der Voraussetzung einer süßen russischen Diskontierung der Russen gegebenen Wechsel. Im Laufe der Sommermonate traten infolge des Zusammenbruchs verschiedener Banken und der allgemeinen Geldkrise für die volle Diskontierung Schwierigkeiten ein. Obgleich es gelang, diese Schwierigkeiten durch die Diskontierung doch immer mehr abzumildern, so trat im September der Sturz des englischen Pundes. Es wurde daraufhin mit der Woiwodschaf der Regierung und den Staatsbanken wegen der weiteren Finanzierung des Russengeschäfts verhandelt, um die drohende Massenentlassung von Arbeitern und Angestellten zu verhindern. Die Verhandlungen waren leider ergebnislos. Infolgedessen mußten die Lieferungen nach Rußland im September eingestrichelt werden und sind inzwischen ganz eingestellt worden.

Die Betriebe der beiden Gesellschaften verfahren seit dem 1. Oktober mit der Einstellung in erheblichem Umfang. Dieser Zustand kann auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden. Infolgedessen beschlossen die Aufsichtsräte mit der Zustimmung der beiden Gesellschaften einzustricheln. Die Folge dieser Einschränkung wird die

Entlassung von ca. 7000 Arbeitern und 600 Angestellten

sein. Den Arbeitern wird die Kündigung in den nächsten Tagen zugestellt werden, den Beamten ist bereits Ende September vorsorglich zum 31. Dezember gekündigt worden.

Bisher hatten die beiden Gesellschaften ihre Betriebe nahezu in ihrem Umfange ihrer Kapazität aufrechterhalten und insbesondere die Exportaufträge, an denen zwar verdient, aber auch nicht verloren werden konnten. Durch die Einschränkung der Lieferungen wird diese Försorge für die Belegschaft leider unterbrochen.

Wertmäßig wird eine Einschränkung des Umsatzes um etwa ein Drittel eintreten, mengenmäßig ist die Einschränkung größer, da keine Qualitätswaren, sondern in der Hauptsache gewöhnliche Handelswaren geliefert wurden.

Andere Gesellschaften in ganz Europa haben derartige Reduktionen vor längere Zeit vorgenommen müssen, die Einschränkungen dort liegen zwischen 40 und 60 pCt der Kapazität. Die Kattowitz A.-G. und die Königs- und Laurahütte müssen mit der jetzigen Maßnahme im Besten aller Gesellschaften in Europa folgen und sich ebenfalls den völlig veränderten Absatzverhältnissen anpassen. Es ist sehr zu bedauern, daß die Staatsbank keine Möglichkeit für die Finanzierung der Exportaufträge finden konnte.

Der Aufsichtsratsvorsitzende der Königs- und Laurahütte, Graf Potocki, hat die Woiwodschaf von den getilgten Lieferungen herabsetzende Kündigungen abgelehnt und die Notwendigkeit der beschlossenen Maßnahmen eingehend begründet.

Die Steinkohlengruben der beiden Gesellschaften sind zur Zeit voll beschäftigt, und bei einem halbwegs guten Winter dürfte in allgemeinen mit einem guten Kohलगeschäft zu rechnen sein, da ausreichende Konventionen vorhanden sind. Die Aufrechterhaltung des Kohलगeschäfts wird jedoch nicht unbedingt notwendig sein, da die Exportprämie von 2,50 Zloty als Ausgleich für die Entwertung des englischen Pundes seitens der Regierung gesichert.



Nach dem Abschluß des Interessengemeinschaftsvertrages zwischen der Kattowitz A.-G. und der Königs- und Laurahütte im letzten Halbjahr des Jahres 1929 wurde eine anerkennenswerte Reformarbeit ein. Die die innere Situation der beiden Partner unvermeidbar aufwärts führte. Die Lage hat sich aber in den letzten Jahren wieder wegen der mit der Reform verbundenen Kosten dividieren. Im zweiten Geschäftsjahr machte sich auch bei diesen Unternehmen die Weltwirtschaftliche Depression immer stärker bemerkbar. Im April dieses Jahres zeigte sich dann ein großer Lichtblick, als im Zusammenhang mit der Ausführung des russischen Fünfjahresplans und im Interesse der Gemeinschaft ein Vertrag mit der Sowjetunion abgeschlossen wurde. Dieser Vertrag sah die Lieferung von 200.000 T. für Stabieren, Formeisen, Grob- und Feinbleche, ein Objekt von schätzungsweise 30 Mill. RM (nicht Zloty) zuzuf. Die Verwaltung er-

klärte, daß damit für die Werke Beschäftigung bis zum Jahr 1933 gesichert sei. Wie die Erklärung der Aufsichtsräte nunmehr erkennen läßt, haben sich aber in den letzten Monaten die Verhältnisse außerordentlich verschlechtert. Hier äußeren Ausdruck fand, wie man nunmehr feststellen kann, ein ungeschlagener Erfolg zuerst in den Vorstandwechsel der Kattowitz A.-G. im August dieses Jahres, bei der den Vorsitz in der Interessengemeinschaft der ehemalige polnische Minister Kiedron übernahm und daneben eine Reihe weiterer personeller Veränderungen in den Direktoren der beiden Gesellschaften. Die Veranlassung dieser Veränderungen war die Schwierigkeiten des Rußlandgeschäftes durch die sich immer stärker bemerkbar machenden Hemmnisse bei der Diskontierung der Russenwechsel hingewiesen. Am 30. September wurde die Entscheidung getroffen, die bisherige endgültig stillgelegt und zunehmende Försichterschaft angekündigt. Wie die eingangs im Wortlaut wiedergegebene Erklärung der Aufsichtsräte zeigt, ist nunmehr eine Situation entstanden, die die beiden Gesellschaften zu einer endgültigen Aufgabe des Rußlandgeschäftes endgültig aufzulegen. Die Mitteilungen, die über die Verhandlungen der polnischen Regierung und der polnischen Staatsbanken mit der Kattowitz A.-G. und der Königs- und Laurahütte veröffentlicht wurden, zeigen, daß eine entscheidende Hilfsaktion von dieser Seite her zu erwarten ist. Es sei denn, daß die in ihrer Wirkung auf die polnische Geschäftswirtschaftliche Entschärfung nicht abzuwartende Maßnahmen der beiden Gesellschaften in letzter Minute einen Stimmungsumschwung hervorgerufen. Für die Unternehmen selbst liegt in dem befriedigenden Ergebnis der Verhandlungen, daß die polnische Regierung eine gewisse Reserve, die allerdings durch die Exportprämie von 2,50 Zloty für das Geschäft mit den russischen Kohlen verloren geht, die sich durch den englischen Pfundentwertung an Bedeutung verliert. Es ist zu hoffen, daß in den Verwaltungen, die offensichtlich vor entscheidenden Maßnahmen stehen, die in der nächsten Zeit eine solche Situation zu überwinden. Eine gewisse Hilfsbereitschaft des polnischen Staates wird allerdings unvermeidbar sein.

Enttäuschte Kohlen-Exporteure

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung LONDON, 6. NOVEMBER

Die englischen Kohlen-Exporteure, die nach Aufhebung des Goldstandards eine wesentliche Belebung der Ausfuhr erhofft hatten, sind über die Entwicklung des Geschäfts im Oktober sehr enttäuscht. Außer der saisonmäßig bedingten Belebung haben die Exporte gegenüber den Vormonaten nicht zugenommen. Sie sind im Gegenteil im Vergleich zu den bereits sehr niedrigen Ziffern der gleichen Zeit des Vorjahres im September des Oktober um 20 pCt zurückgegangen. Die englische Kohlenexporteure hatte sich bereits von Januar bis August in ständig absteigender Linie bewegt. Die Ausfuhr fiel in dieser Zeit gegenüber dem Vorjahr um 21 pCt, während die Exporte nach Deutschland um 10 pCt, nach Polen um 3,6 pCt, nach 13 pCt zurückgegangen und diejenigen nach Holland um 2,5 pCt gesunken sind.

Auch die Exporte nach Italien und Frankreich zeigen keine Belebung. Die französischen und belgischen Restriktionsbestimmungen haben die Einfuhr britischer Kohle in diese Länder schwer geschädigt. Homend für den englischen Kohlenexport wird fort die Schwierigkeit der Kalkulation, so daß sich die englischen Kohlenexporteure für die baldige Schaffung einer stabilen Weltwirtschaftlichen Lage einsetzten. Es wird ferner gegen die ergebnisbringende im vorigen Jahr eingeführte Kohलगeschäft Starn gelaufen, das Mindestpreise und Quoten für die einzelnen Kohlenarten festsetzt und eine gewisse Preiselastizität und eine höhere oder größere Elastizität in der Anwendung des Gesetzes verlangt.

Pinkawo wieder in Deutschland. Zu dem Aufbruch der Mitglieder des Obersten Volksrats der Sowjetunion Pinkawo führt der DHD, von russischer Seite, daß es sich nicht nur um Bestellungen für 1931 handelte, sondern auch die Möglichkeit, die Produktion im nächsten Jahre, und zwar im besonderen die Gewährung neuer Kredite unter Reichsgarantie erörtert wurde. Die Produktion Bestellungen für 1931 betragen 150 Millionen RM Rediskontierung um 20 bis 30 Mill. RM betriebsüberschritten. Eine Erweiterung des Rediskontkredits wurde im Hinblick auf die im nächsten Jahre anfallende Steuer Schelle demontiert. Von Berlin wird berichtet, daß nach Paris begeben, sondern direkt nach Moskau zurückkehren. Pinkawo war russischer Delegationsführer beim Abschluß des letzten 300-Millionen-Vertrages.

